

Verantwortlich und straffrei

Grundwasserversalzung: „Der Krimi des Staatsanwalts“, FR-Regional“ v. 6.5.

Der Thüringer Staatsanwalt hat im Verfahren „Kali + Salz“ korrekt ermittelt, das ist mehr als wahrscheinlich. Ja, „Kali + Salz“ hat durch die massive Beeinflussung von hessischen Politikern, Behörden, Medien, Wissenschaftlern, Rechtsprechung und Gewerkschaften seit Jahrzehnten gegen Recht und Gesetz die Umwelt schwer geschädigt. Wer sich dagegen gewendet hat, wurde gemobbt und kaltgestellt, stellt die Meininger Staatsanwaltschaft fest. Nur weil in der BRD Verbrechen, begangen von Firmen, Behörden oder Institutionen, nicht strafbar sind, bleiben die Verantwortlichen straffrei.

Aber in Hessen läuft vieles illegal ab, ich erinnere an die vier Steuerfahnder, die, als verrückt erklärt, aus dem Staatsdienst entfernt und erst kürzlich rehabilitiert wurden. Oder dass, wie bei „Kali + Salz“, die gleichen Strukturen der massiven Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu dem bis heute unnötigen Flughafenausbau geführt haben. Ungefähr 20 Millionen Euro gibt der Flughafenbetreiber jährlich für seine „Pfleger der politischen Landschaften“ aus. Mit diesem Geld werden durch bei Fraport angestellte „Politikberater“ politische Parteien und Gewerkschaften bearbeitet, Medien und Journalisten bedient, Schulen beeinflusst, Fake-Bürgerinitiativen gegründet. Dazu titelte schon im Jahr 2008 die FAZ „Die Wahlverlierer heißen Fraport und K+S“. Heute wissen wir es besser: Die Verlierer sind der Rechtsstaat, die Umwelt und wir Bürger. Friedhilde Scholl, Frankfurt

Corona dankt für volle Züge

Zu: „RMV schafft Platz“, FR-Regional vom 30. April

An den RMV bzw die Bahn habe ich schon mehrfach berichtet, dass sonn- und feiertags die Züge zum Teil. extrem voll sind, und habe vorgeschlagen, dass nicht nur ein Zugabteil, sondern zwei fahren sollten. Gerade in Corona-Zeiten ein Muss!

Heute, am Himmelfahrtstag: Chaos! Die S5 um 10.15 Uhr ab Bad Homburg schon überfüllt. Enorm viele Fahrräder, Kinderwagen und Reisende mit Koffer. Eigentlich für diesen Tag alles andere als überraschend. Dann die Steigerung ab Hauptbahnhof: Mann an Mann wie im Viehtransport! Corona lässt grüßen. Hätten wir nicht die Schutzwirkung durch die Impfung, wären wir gar nicht eingestiegen. Im Zug unglaubliche Aggressivität unter den Passagieren.

Nachdem mehrere Versuche über Mail an Bahn und RMV gescheitert sind, verteile ich nach diesem Leserbrief meinen Protest auch im Internet.

Norbert Happ, Friedrichsdorf

Diskussion: frblog.de/genesimpfte



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210525

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie hier, was gut ist für die Insektenweide: frblog.de/garten-x

Brutalstmögliche Aufklärung, bitte!

Leo-Immobilien-Geschäfte: „Ausverkauf des Landes“, FR-Regional vom 14. Mai

Kochs Regierungszeit hat viele Fehlleistungen gesehen

Angesichts der großen Empörung, die die möglicherweise fehlerhafte tarifliche Einstufung der Ehefrau Peter Feldmanns in das Gefüge der – bekanntermaßen exorbitanten – Gehälter in den Sozial- und Erziehungsdiensten bei den CDU- und FDP-Fraktionen im Römer ausgelöst hat, fragt sich die kommunalpolitisch Interessierte, ob im Hinblick auf die jetzt offenbar gewordenen Schäden langjähriger CDU-Herrschaft in Hessen nicht auch die Aufnahme staatsanwaltlicher Ermittlungen – etwa wegen „Untreue“ gem. § 266 StGB – gegen den damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch und seinen Finanzminister angemessen wäre. Selbstverständlich hält das Ministerium nun den damals Verantwortlichen zugute, „dass nicht alle Entwicklungen abzusehen gewesen seien“.

Allein die bekannt gewordenen Fälle finanzpolitischer Inkompetenz sind in der Tat Legion. In der Koch-Administration ging es jedoch nicht um den üblichen sorglosen Umgang mit öffentlichen Geldern und die damit

verbundenen Planungsfehler, für die rechtlich offenbar kaum ein Politiker zur Verantwortung gezogen werden kann, sondern um die im Rahmen der Ideologie des „schlanken Staates“ gezielte Aushöhung der Staatsfinanzen durch Privatisierung öffentlichen Eigentums. Gewollte Konsequenz war der fortschreitende Verlust landes- und kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit, wie er im Wohnungsbau, aber z.B. auch in der Schulpolitik deutlich wird. Das traurigste Beispiel für diese desaströse Politik dürfte der Konflikt um die Privatisierung der Universitätskliniken in Marburg und Gießen sein.

Die politische und juristische Aufarbeitung all dieser Fehlleistungen ist im öffentlichen Interesse. Was dagegen die Ermittlungen wegen einer möglichen Vorteilsannahme durch die Ausgestaltung des Arbeitsvertrages einer Familienangehörigen des OB erbringen wird, bleibt abzuwarten – schon im Hinblick auf die auch in der Stadtverwaltung Frankfurt nicht unbekannt Praxis, erwünschte Bewerber/innen mit einer kreativen Einschätzung ihrer „beruflichen Erfahrungen“ und der damit verbundenen hö-

heren Entlohnung zu gewinnen. Auch in diesem Zusammenhang dürfen wir hoffentlich brutalstmögliche Aufklärung erwarten?

Margret Heym, Frankfurt

Wer zieht Koch und Weimar zur Verantwortung?

Nun ist also mehr oder weniger amtlich, was seinerzeit die Spatzen von den Dächern piffen: Verlustgeschäfte des Landes von 2004 bis 2006 von Millionen Euro. Schon damals haben die beamteten Haushälter gewarnt. Die politische Verantwortung tragen das Duo Koch/Weimar und die CDU. Wer zieht dieses Tandem zur Verantwortung? Wie man hört, haben beide heute lukrative Aufsichtsratsmandate inne. Als Vorstand von Bilfinger hat sich Koch ja auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

Dass sich ausgerechnet das CDU-geführte Finanzministerium als Aufklärer betätigt, ist bemerkenswert. Selbstschutz? Eigentlich wäre dies die Stunde der Opposition. Dem Hessischen Rechnungshof stünde es gut zu Gesicht, eine exakt durchgerechnete Gesamtbilanz zu ziehen.

Klaus Möller, Taunusstein

Wiedereröffnung ohne jeden Grund

Flughafen will Nordwest-Landebahn nutzen: „Wieder mehr Flugzeuge“ FR-Regional vom 19. Mai

Die wegen der Pandemie und damit des Rückgangs des Reiseaufkommens geschlossene Landebahn soll wieder in Betrieb. Ökonomisch sinnlos und zum erneuten Schaden der Menschen, die dann wieder überfliegen werden. Fraport nutzt nicht die durch den Rückgang des Flugbetriebs zurückgegebenen Slots um, was bei diesem Flugaufkommen gut möglich wäre – diese Slots in die Zeit von sechs bis 22 Uhr zu legen und so eine

wirkliche Nachtruhe zu ermöglichen –, sondern bringt nun wieder hunderttausenden Menschen den Lärm und Dreck des Flugbetriebs zurück. Warum?

Wie jeder wissen kann, der sich seriös mit dem Genehmigungsverfahren zum Bau der Landebahn befasst hat, braucht der Flughafen diese Landebahn frühestens, wenn jährlich mehr als 520 000 Starts und Landungen notwendig werden. Dies war trotz der Billigflieger, die mit

Subventionen nach Frankfurt gelockt wurden, seit dem Bau der Landebahn nie der Fall, nicht mal im Boomjahr 2019! Eine sachliche Notwendigkeit für ihre Nutzung hat es bisher also nicht gegeben. Steigende „Planungszahlen für den Luftverkehr“ können, gerade wenn Fraport einen Beitrag zum Erreichen des CO₂-Ziels leisten wollte, als Grund für die Wiedereröffnung der Landebahn nicht herhalten.

Eberhard Ruoff, Frankfurt

Einseitig positioniert sich nur, wem es an Empathie fehlt

Antisemitismus: „Gegen Hass und Hetze“, FR-Regional vom 17. Mai

Die Interessen beider Seiten sind ernst zu nehmen

Mit Verwunderung habe ich Äußerungen des hessischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus, Uwe Becker (CDU), zur Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts zur Kenntnis genommen. Wer es als inakzeptable Reaktionen darstellt, wenn ein deutscher Außenminister die Konfliktparteien (Hamas und israelische Regierung) dazu auffordert, „diese wirklich explosive Lage zu entschärfen“, oder wenn ein arabisch-stämmiger Fußballspieler der Frankfurter Eintracht in Solidarität mit der palästinensischen Sache aus seinem Herzen keine Mördergrube macht, dem ist, gerade als Politiker, ein ausgewogenes Grundverständnis für den seit 1948 schwelenden Konflikt abhandeln zu können.

Jeder am Nahen Osten Interessierte wird in der Auseinandersetzung zweier Völker um dasselbe Land eine Grundhaltung beziehen, die mit jeweils rationalen Argumenten belegbar ist und die nicht sofort als antisemitisch oder zionistisch diffamiert werden sollte. Es ist gerade die Aufgabe eines Außenministers, in einem nahezu unlösbaren Konflikt eine differenzierte Position einzunehmen und dazu beizutragen, dass die Interessen sowohl der Israelis wie auch der Palästinenser ernst genommen werden.

Als Mangel an Empathie würde ich angesichts des asymmetrischen Kräfteverhältnisses zwischen beiden Parteien ein einseitiges Verständnis für israelische Familien und ihre traumatisierten Kinder ansehen, die in Schutzräumen um ihr Leben vor Hamas-Raketen fürchten müssen, während andererseits die täglichen Trau-

mata der palästinensischen Bevölkerung als unvermeidbare Kollateralschäden israelischer Siedlungspolitik hingenommen werden. Vielleicht würde es Becker anstehen, sich Gedanken über die warmen, empathischen Worte eines Unverdächtigen wie Daniel Barenboim zu machen: „Jüdisches Blut fließt in meinen Venen, mein Herz schlägt für die palästinensische Seite“. Für einen Politiker, der sich mit dem Gedanken trägt, sich als Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt zu bewerben, eine durchaus zumutbare Aufforderung.

Jörg Müller, Frankfurt

Vertreibung als Ausdruck christlich-jüdischer Werte?

Uwe Becker äußert sich in bekannter Weise anlässlich des Nakbatages, so wie alle Jahre wieder, und verteidigt an Völkerrecht, Menschenrechten und

den Leitlinien des Grundgesetzes vorbei die israelische Politik. Als wäre die Vertreibung, Enteignung und Entehrung der Palästinenser aus ihrem Land ein Ausdruck christlich-jüdischer Werte oder lediglich Verteidigung der Geschundenen dieser Welt, die in Israel ihre Heimat gefunden haben, indem sie den dort Lebenden ihre Heimat nahmen.

Ein Blick in das israelische Staatsarchiv und die Dokumente des israelischen Militärs genügt, um die früh geplante und konsequent durchgeführte ethnische Säuberung nachzuvollziehen. Gegen die sich ja auch viele Israelis und viele Juden unter ihnen zu Recht wenden. Bis heute hat Becker weder die Westbank noch Gaza besucht. Und zum Beispiel auch nicht Abed Shokry zugehört.

Eva Renate Marx-Mollière, Mainz